

100-Tage-Bilanz der Großen Koalition

I. Start

Wir leben in einer Zeit voller Umbrüche: Alte Gewissheiten gelten nicht mehr, neue Herausforderungen und Chancen entstehen. Diese Dynamik verlangt nach politischer Gestaltung. Wer Deutschland regiert, muss sich daran messen lassen.

Die von Union und SPD getragene Bundesregierung ist heute 100 Tage im Amt. Die Fraktion der Freien Demokraten im Deutschen Bundestag hat ein „Weiter so“ erwartet, eine ambitionslose Fortsetzung der letzten vier Jahre. Jetzt werden wir Zeugen eines „Schlimmer so“. Das ist der schlechteste Start einer Bundesregierung aller Zeiten.

Die Unionsschwestern CDU und CSU streiten sich bis aufs Blut um die Asylpolitik. Drei Jahre haben sie nicht gehandelt, jetzt stürzen sie Deutschland innerhalb von nur 14 Tagen wegen der bayerischen Landtagswahl in eine Regierungskrise.

Der Koalitionspartner SPD steht daneben, nicht in der Lage Position zu beziehen oder einzugreifen, und macht sich zum Beginn der Fußball-WM mit einer Aufstockung der Parteienfinanzierung im Hauruckverfahren die Taschen voll.

2013 wollte die Große Koalition die „Koalition für große Aufgaben“ (Angela Merkel) sein, 2017 die „Koalition für die kleinen Leute“ (Horst Seehofer). Die Ambitionen sind offenbar immer weiter geschrumpft. Egoismus ist der einzige Treiber in dieser Großen Koalition.

Im Koalitionsvertrag von Union und SPD lassen sich 133 Versprechen finden. Lediglich fünf davon können als umgesetzt angesehen werden: Der Sitz im UN-Sicherheitsrat, die Einführung einer Musterfeststellungsklage, die Begrenzung des Familiennachzugs für Flüchtlinge mit eingeschränktem Schutz, die Fortsetzung der Einsätze in Afghanistan und Mali sowie die Neukonzeption des Irakeinsatzes. Angesichts der Herausforderungen vor denen Deutschland und Europa steht, ist dieses Ergebnis schlichtweg peinlich.

II. Themen

Die Bundesregierung vernachlässigt allem voran wichtige Zukunftsthemen. Dabei müssen heute die richtigen Weichen gestellt werden, damit die Chancen nicht an Deutschland vorbeiziehen.

Bildung und Forschung:

- Es gibt bisher weder den von der ehemaligen Bildungsministerin Wanka angekündigten Digitalpakt noch eine Lockerung des Kooperationsverbots.
- Bildungsministerin Karliczek bekommt in dieser Legislaturperiode mit 3,5 Mrd. Euro noch weniger Geld als von ihrer Vorgängerin angekündigt wurde.
- Künstliche Intelligenz wird in Frankreich mit 1,5 Milliarden Euro und in China mit 100 Milliarden Euro gefördert. In Deutschland bleibt es bei der Ankündigung der Großen Koalition, vier Kompetenzzentren für Künstliche Intelligenz mit einem Budget von lediglich 30 Millionen Euro gründen zu wollen.

Digitalisierung:

- Statt eines Digitalministeriums gibt es ein Heimatministerium.
- In 14 Bundesministerien beschäftigen sich 482 Mitarbeiter verteilt auf 244 Teams in 76 Abteilungen mit digitalen Fragen.
- Verkehrsminister Scheuer kündigt an, einen Funklochmelder als App an den Start zu bringen.
- Bundeskanzlerin Merkel muss nach Shenzhen in China reisen, um sich Innovationen anzusehen.
- Die Versteigerung der 5G-Lizenzen zur weiteren Finanzierung des Breitbandausbaus verschiebt sich auf mindestens 2019.

Steuern und Haushalt:

- Rekordsteuereinnahmen: Der Staat verfügt über Mehreinnahmen von 165,9 Mrd. Euro gegenüber der letzten Legislaturperiode.
- Die Spielräume werden für Rentengeschenke verplant, die Mehrausgaben von 130 bis 170 Mrd. Euro bis 2030 verursachen.
- Es gibt keine spürbare Entlastung der Bürger, stattdessen Planspiele für Integration des „Rest-Soli“ in die Einkommensteuer.
- Die Ent- und Belastung bei den Sozialversicherungsbeiträgen läuft auf ein Nullsummenspiel hinaus, da die Pflegebeiträge um 0,3 bis 0,5 Prozentpunkte steigen werden.
- Die Ausgaben für Bildung und Forschung sinken 2018 gegenüber dem Vorjahr um 63,7 Mio. Euro.
- Im Jahr 2022 sollen die Investitionen auf das Niveau von 2013 zurückgefahren werden, was einem Minus von 10 Prozent gegenüber 2020 entspricht.
- Bundesfinanzminister Scholz kommt erst nach 91 Tagen zum ersten Mal in den Haushaltsausschuss.

Einwanderungspolitik:

- Bundesinnenminister Seehofer zettelt eine überflüssige Islamdebatte an, die zu nichts führt, außer dem Kreuzerlass der bayerischen Landesregierung.
- Die Union liefert keinen Masterplan Migration oder ein ordnendes Einwanderungsgesetz, sondern beginnt einen unionsinternen Asylstreit und präsentiert mit der ehemaligen Bamf-Präsidentin Cordt ein Bauernopfer im Bamf-Skandal.
- Selbst bei der Regelung des Familiennachzugs können sich Union und SPD nur auf einen inhumanen und willkürlichen Kompromiss einigen.

Wirtschaftspolitik:

- Bundeswirtschaftsminister Altmaier hat nichts Geringeres als eine „Renaissance der Sozialen Marktwirtschaft“ angekündigt und bisher lediglich die Aula seines Ministeriums in „Ludwig-Erhard-Saal“ umbenannt.
- Es wurde keine Vorsorge für eine Eintrübung der Konjunktur getroffen, das könnte sich nun bitter rächen. Die Wirtschaftsinstitute haben ihre Prognosen für dieses Jahr um bis zu 0,8 Prozentpunkte gesenkt.
- Eine vorausschauende Wirtschaftspolitik für den Wohlstand von morgen wäre das Gebot der Stunde: Notwendig ist eine Fachkräftezuwanderung nach kanadischem Vorbild, eine Unternehmensteuerreform und weniger statt mehr Bürokratie.
- Die Ratifizierung von CETA als Signal für den Freihandel wird im Deutschen Bundestag abgelehnt.

Europa:

- Bundeskanzlerin Merkel hat erst nach 250 Tagen hinter einer Bezahlschranke auf Macrons Reformvorschläge geantwortet.
- Durch den Asylstreit ist sie zu Zugeständnissen bereit und stimmt einem Budget für die Euro-Zone zu.

III. Ausblick

Die ersten 100 Tage dieser Bundesregierung sind eine Katastrophe für Deutschland. Doch die FDP-Fraktion will nicht nur Kritik üben, sondern aus ihrem Selbstverständnis heraus auch konstruktive Vorschläge machen. Deshalb hat sie drei Initiativen in den Deutschen Bundestag eingebracht, um der Großen Koalition die Gelegenheit zu geben, wichtige Themen voranzubringen.

Unser Maßnahmenbündel beinhaltet: Ein Bürgerentlastungsprogramm, ein Programm zur Beschleunigung der Digitalisierung in Deutschland und ein Antrag, um Bildung und Forschung in den Mittelpunkt zu stellen.

Das unterscheidet uns von manchem politischen Mitbewerber: Wir wollen Deutschland und seine Zukunft gestalten.